

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

42 (22.2.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 80 Pfg. Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 3.57 vierteljährlich. Belegungen werden jederzeit entgegengenommen.	Verantwortlicher Redakteur: Nr. 535.	Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „ Sterne und Blumen “. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „ Blätter für den Familienkreis “.	Verantwortlicher Redakteur: Nr. 535.	Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restlangen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Abat. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.
Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.	Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: F. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz W. H. für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.	Verantwortlich für Anzeigen und Restlangen: Hermann Wagner in Karlsruhe.		

Dernburg und die Zentrumspartei.

Von M. Erzberger, M. d. R.

Als der Direktor der Darmstädter Bank in die Wilhelmstraße zu Berlin mit dem Vorhaben des Erzeugnisses einzog, stellte er sich zunächst äußerlich nicht feindselig zum Zentrum; in wiederholten mehrmaligen Konferenzen konnte Schreiber dieses mit dem Leiter der Kolonialpolitik alle schwebenden Kolonialfragen durchsprechen und vor dem Zusammenritt des Reichstages stellte Dernburg als Resultat der Besprechungen fest: „Wir sind also in allen Punkten einig, mit einer Ausnahme.“ Die Ausnahme war die neue Einmündungsnahme.“ Die Ausnahme war die neue Einmündungsnahme.“ Die Ausnahme war die neue Einmündungsnahme.“

Die Angriffe bestanden auf den Abg. Adren kamen nicht zuvernein. Der Reichstagsler wollte; die Kamara nicht Gulenburg stand im Zenit; der Nachfolger war bestimmt. Da brachte das „Berl. Tgl.“ (wo Dernburgs Vater arbeitet) einen vielbesprochenen Artikel, der die Machinationen enthüllte. (Dernburg, der Jünger, machte mich auf diesen Artikel aufmerksam, ehe er selbst die Nummer des „Berl. Tgl.“ gelesen hatte.) Im Sommer 1900 hat der Vorgänger Dernburgs es verstanden, das Wort zu entlocken: „Ich will kein Zentrumskaiser sein!“ Nun wollte Wilow auch kein „Zentrumskaiser“ mehr sein. Da bot ihm Dernburg das gewünschte Sprungbrett für den Wad. Es ist unbestrittene Tatsache, daß der Reichstag Dernburgs gegen das Zentrum mit nächster Ziel: die Aufhebung der öffentlichen Meinung. Aber Wilow mußte nun einen Anlauf haben, um den Reichstag aufzulösen; er wurde von ihm nicht gelassen. Alle sonst üblichen Verhandlungen mit dem Zentrum wurden abgebrochen und zwar in förmlicher Form. Die Auflösung sollte so rasch, daß sie über der Zentrumsfraction nicht folgerichtig kam, doch aber erst im Frühjahr 1909 noch mit ein Staatssekretär fern; „Wissen Sie jetzt, warum der Reichstag aufgelöst wurde? Ich weiß es bis heute nicht.“

Dernburg wurde der amtliche Wahlmacher des Fürsten Wilow. Als der Held aller Zentrumsgenossen, aus der freisinnigen Vereinigung hervorgegangen und ihr noch heute angehörend, darf man nicht auf viel Sympathie für das Zentrum rechnen. Im Reichstagstag war er das Bindeglied zwischen Regierung und Linken, was ihn aber dann nicht abhielt, im Juli 1909 an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform erfolgreich mitzuwirken und seine Bankkenntnisse in den Dienst der Reichstagsmehrheit zu stellen, um die neuen Verhältnisse zu schaffen.

Wie kam diese Schwendung? Dernburg hatte schon 1908 sein „Damasus“ gefunden; kaum hatte er seinen Fuß auf den Boden Afrika gesetzt, da erkannte er die Miesfeldler der bisherigen Kolonialpolitik; er fertete an sich mit dem Programm des Zentrums oder erinnerte sich an seine Zusage vom Oktober-November 1906. Die „negerechaltende“ Politik trat in den Mittelpunkt aller seiner Maßnahmen. Was er den Reichstag über die

früheren Kolonialpolitik mitteilte, übertraf die stärksten Anklagen, die früher von mehreren Zentrumsgenossen erhoben worden waren. So konnte damals die sehr lehrreiche Schrift erscheinen: „Die Wahrheit über die Kolonien.“ Glänzende Bekräftigung der Kolonialpolitik des Zentrums durch Staatssekretär Bernhard Dernburg.“ (Verlag der „Germania“ Berlin.) Damals schloß Dernburg seinen Frieden mit dem Zentrum, zum Verger der Nationalliberalen und Reichspartei; mitten im Frühling der Wobereidlichkeit gelangte das Zentrum zum Siege in der Kolonialpolitik und erlebte Schritt für Schritt die Durchführung seines Programms.

Darin allein liegt auch die Erklärung, warum die Zentrumsfraction Dernburgs Politik unterstützte; das Suchen nach Nade lag ihr gänzlich fern; ein solcher Erfolg in zwei Jahren war es nicht gern gesehen, daß in der Kolonialpolitik ein ganz anderer Mod sich bildete als für die Inlandspolitik. Man hielt damals schon Anschau nach einem anderen Staatssekretär. Auch Dernburg erfuhr doon; sein Fernbleiben bei der Abreise Wilows vom Reichstag wurde viel besprochen und von Wilow ähelt vermerkt. Trotz vieler Hindernisse und Gegenströmungen aber hielt er im Reichstagskolonialamt an der Politik der Erhaltung und Erzielung der Eingeborenen fest und erkannte dabei den hohen Wert der Missionen, die Dernburg heute anders würdigt als 1906; denn die Missionare sind die gerechten Träger seiner Politik.

Da kam der Diamantensund mit allem Drum und Dan. Die Errichtung eines Zwangsverkaufshandels (Diamantensund) war eine hervorragende Tat; die Einführung eines Ausfuhrzoll sicherte dem Reiche eine Einnahme. Aber der Streit um die Diamanten warf hohe Wellen. Die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika war einstens im Besitze hoher Privilegien im Bergbau; alle damit verbundenen Kosten wälzte sie auf das Reich ab; die Rechte begibt sie. Unter dem Eindruck der Landkommission kam am 17. Februar 1908 ein für das Reich sehr günstiger Vertrag mit der Gesellschaft zustande; sie nahm die Kolonialgesellschaft für ihre sämtlichen Bergwerksrechte ab und gab damit Schürfreitheit mit dem Anrecht auf dauernden Abbau; am 1. Oktober 1908 trat diese Erziehung in Kraft. Der Vertrag wurde abgeschlossen, ehe man Diamanten fand; nachher tat es der Gesellschaft sehr leid.

Da kam eine schwache Stunde des Staatssekretärs; am 22. September 1908 — 8 Tage vor dem Inkrafttreten des Vertrages — sperre er das ganze Diamantengebiet zu gunsten der Gesellschaft und ersenerte diese Sperre bis 31. März 1911. Was in dem Vertrag vom 17. Februar 1908 genannt worden war, sollte nun wieder preisgegeben werden. Darüber war die Aufregung in der Kolonie groß. Die Kolonialgesellschaft fragte in Widerstand auf Anerkennung dauernder Abbaurechte im Berggebiet. In dem Protestern verlas der Vertreter der Kolonialgesellschaft ein Schreiben des Kolonialamts an die Kolonialgesellschaft in Berlin, welches lautete: „Dem von Herrn Mittmeister a. D.

Bugge (damals Direktor der Gesellschaft) dem diesseitigen Referenten gegenüber telephonisch geäußerten Wunsch gemäß ist an den Kaiserlichen Gouverneur in Windhuk gedruckt worden, daß gegen die Umwandlung Ihrer Schürfelder bei Bogensels keine Bedenken beständen, es müge deshalb der Widerspruch des Bezirksamts in Luderibucht fallen gelassen werden usw. Unterzeichnet Golinelli.“

Das Gericht aber wies die Ansprüche der Gesellschaft ab — es gibt also „noch“ Richter in — Luderibucht: Nun wurde mit der Kolonialgesellschaft in Berlin auf neue verhandelt und am 24. Januar 1910 sollte mit derselben ein neuer Vertrag abgeschlossen werden, der ein Einheitsmonopol für Diamanten und alle anderen Mineralien der Gesellschaft schenken sollte gegen eine Abschätzung von — 10 Millionen Mark; ja, das Gebiet dieses Monopols sollte noch erheblich ausgedehnt werden. Da erhob sich stürmische Opposition in der vertraulichen Besprechung der Budgetkommission mit dem Resultat, daß der Vertrag nicht abgeschlossen wurde. Weiteres Resultat: an diesem Tage fielen die Aktien der Gesellschaft um 100 Prozent. Dernburg hatte die Sache so dargestellt, als sei der Vertrag ein Riesengewinn für das Reich. Die Gesellschaft suchte nun das gesamte Abkommen von 1908 als „null und nichtig“ zu erklären, was mir willkommene Gelegenheit bot, im Reichstage den entgegengelegten Standpunkt zu vertreten; tags darauf kam der Kurs der Aktien um weitere 150 Prozent. Der Reichstag hat durch seine Opposition gegen den neuen Vertrag sich ein ungemein großes Verdienst erworben, und der schweiglame Dernburg gab nach. Was nun vereinbart werden wird, muß scharf unter die Lupe genommen werden, damit es nicht geht, wie mit den „märchenhaften Erträgen“ in der Landkommission. Trau, schau, wenn's gilt! Weiter in der Budgetkommission als oberster Grundgedanke gegenüber den neuen glänzenden Projekten des Kolonialstaatssekretärs.

Wie schon im Oktober 1906, so besteht auch heute ein großer Gegensatz in der Schlußfrage für die Kolonie. Die Debatte über Samoa haben die ganze Situation klarheit erreicht und gezeigt, welche Strömungen hier herrschen. Der freisinnige Will den Kampf gegen die Kolonialgesellschaft, unter allen Breiten, wie sein Meiner Dowe schätzte; unter Antwort, unter allen Breiten, „graden“ ist, daß der Einfluß der Rechte auf die Sache nicht gefährdet werden darf, auch nicht bei der Erziehung der schwarzen Kinder. Mit der Staatskompetenz kann man in solchen Beweisenfragen nicht kommen, da der Polizeibereich die Stimme des Gemeinens nicht ersiden kann.

Aus der politischen Wochenszeitung „Das Zentrum“ (vierteljährlich 70 Pfg., bei der Post zu bestellen).

Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissare.

Im Einlauf befinden sich mehrere Eingaben, sowie der Gesekentwurf betr. die Abänderung des Elementarunterrichtsgesetzes.

Der Gesekentwurf betr. die Abänderung des Einkommens- und Vermögenssteuergesetzes wird zur Beratung der Budgetkommission überwiesen, der Antrag der Abgg. König (nat.) und Gen. betr. die Begründung der Verpflichtung zur Zahlung des Erbaugins als Reallast der Kommission für Justiz und Verwaltung.

Hierauf wird die Budgetberatung fortgesetzt beim Budget des Ministeriums des Innern, Ausgabe Titel 1—7, 9—11, 20 und 21, Einnahme Titel 1, 2 und 10.

Berichterstatter Abg. Wittmann (Ztr.) verweist auf den Bericht und legt zunächst die einzelnen Titel dar, die vorläufig ausscheiden.

Die Positionen in Titel 11 A Ordentlichen Etat Ziff. 4 (Hauptabteilung 4 S. 54) Zuzufüg an die Vadanstaltenverwaltung Baden mit 44 320 Mk. für ein Budgetjahr und B Außerordentlicher Etat (Hauptabteilung 4 S. 60) Ziff. 4 und 5 Neubau eines Landesbades in Baden 1. Teilforderung mit 300 000 Mk. für beide Budgetjahre und Zuzufüg für die Vadanstaltenverwaltung Wadenweiler mit 26 380 Mark für beide Budgetjahre, sowie die Anlage 3 zum Budget des Ministeriums des Innern, Hauptabteilung 4 S. 214—223 scheiden für diesen Bericht aus, weil von Ihrer Kommission noch nicht geprüft und genehmigt.

Es mindert sich daher vorerst für hier die im Budget Hauptabteilung 4 Titel 11 S. 60 für den ordentlichen Etat berechnete Gesamtsumme von 161 070 Mk. pro Budgetjahr um 44 320 Mk. und die ebenda S. 62 für den außerordentlichen Etat für beide Budgetjahre berechnete Gesamtsumme von 409 380 Mk. um 300 000 Mk. und 26 380 Mk.

Zu der Anforderung in Titel 9, B. Außerordentlicher Etat § 5 (S. 41 der Hauptabteilung 4): Verbesserung des Laufs der Seefelder nach, 1. Teilforderung mit 40 000 Mk.“ ist die Erläuterung (S. 45) zu berücksichtigen:

„Der Gesamtaufwand der geplanten Verbesserung des Laufs der Seefelder nach zwischen dem Zusammenfluß der Deggenhäuser und der Stefansfelder (nicht Stehausfelder, wie es infolge eines Schreibverfehlers heißt) — Salerner nach und der Ausmündung des Mühlkanals unterhalb Mhauen ist auf 150 000 Mk. angegeben. Diese Angabe bedarf der Berichtigung. Der Gesamtaufwand beläuft sich nach dem nunmehr aufgestellten endgültigen Entwurf für diese Strecke auf 176 000 Mark, von denen 14 000 Mk. auf die gemeinsame Strecken der Gemeinden Buggenegel, Wilsensteinweiler und Mhauen, 162 000 Mark auf die Gemarkung Mhauen allein, einschließlich des Umbaus der Stauanlage und des Neubaus eines Stegs entfallen.

Von dieser Summe von 176 000 Mk. sollten aber

Damasus Gold

oder das Erbe von Moulter Hall.

Kriminalroman aus dem Englischen des F. X. Smith in freier deutscher Bearbeitung von ...

1. Kapitel.

„Kann ich hier nicht unterkommen?“ fragte eine leidende Stimme vor der Türe der Wandersruhe, eines etwa lechsdubert Schritte von der durch den Armenidistrikt führenden Landstraße entfernt gelegenen einsamen Wirtshauses. Die Nacht war äußerst stürmisch und die Frage mußte zweimal wiederholt werden, ehe Miles Goring, der Wirt, sie hörte, der sich sofort von seinem Stige erhob und ein Licht ergreifend zur Türe schritt. Wie er öffnete, blitz ihm ein Windstoß das Licht aus. — „So tretet doch ein!“ rief er unmutig. — „Und macht die Türe hinter Euch zu.“ fügte seine Frau bei. — Dem Befehl wurde alsbald Folge gegeben und ein weißliches Wesen, in einem dunkeln Kleid, gegen das unfreundliche Wetter durch einen Schawl geschützt, der — lose umgeschlungen — ihre Gestalt fast ganz verhüllte, wandte mehr als sie ging in das Zimmer herein. — „Nacht mal anschauen.“ sagte der Mann, „wir beherbergen nicht jeden, der in der Wandersruh vorprickt, nicht wahr, Frau?“ — „Nein!“ beichte sie diese zu antworten.

Die Küche bot ein Gemälde, würdig des Piniels eines Menbrandt. Ein großes, lustig im Herde praffelndes Holzfeuer belenchete mit seinem dickeren Scheine eine Gruppe von drei um einen Tisch sitzenden Personen und warf ihre langgezogenen Schatten auf den roten Backsteinboden, wo sie in seltsamen, fast geisterhaften Formen sich hin und her bewegten, wie die Flamme in dem ungleichen weiten Kamin bald aufstoderte, bald zusammenfiel. Das Gefäß war groß, so groß, daß es schwer gewesen wäre, seinen Umfang zu bemessen, wäre nicht das rotflackernde Licht von den stattlichen Reihen Zingelstühle zurückgeworfen worden, welche ein eichener,

an dem dem Herde gerade gegenüberliegenden Ende angebrachter Klünderlich zur Schau trug. Der Raum zwischen diesen und dem Kamine lag in träumerische Schatten gehüllt, welche die eingetretene Frau nur unendlich erkennen ließen. — „Kann Euch dort nicht sehen!“ meinte der Wirt. — „Ihren St abnehmend trat die Fremde näher und sah sich den Wänden dreier Augenpaare gegenüber, welche forschend auf ihr ruhten. Das erste war das des Wirtes der Wandersruh, eines feisten Fünzigers mit bebem, grobsinnlichen Zügen, das zweite das seiner Frau, eines ruhigen, edelbar aussehenden Weibes, so ziemlich von demselben Alter wie ihr Mann. Das dritte Augenpaar, groß und von glänzendem Schwarz, gehörte einem Mädchen von achtzehn Jahren zu, dessen garte Züge mit ihrem melandolischen Anflug lebhaftes Interesse einflochten. Ihrem Kopfsputze nach konnte sie indes für einen Knaben gelten, denn ihre Haare waren kurz geschoren und nur wenige dunkle Locken umspielten noch das anmutig geformte Köpfchen.

„Nun,“ sagte Miles Goring, nachdem er die Fremde scharf mit den Augen gemustert hatte, „laßt Euch nieder, könnt hier bleiben. In einer Stunde ist das Nachtessen fertig.“ — Der Gast murmelte etwas von Brot und Milch. — „Ist nicht zu haben,“ erwiderte trocken der Wirt. — „Ich zahle gerne dafür wie für das Nachtessen,“ bemerkte die Fremde. — Dagegen ließ sich nichts einwenden, und das Mädchen, welches emsig fortgetrickt hatte, erhob sich, um, der Weisung der Wirtin gemäß, die begehrte einfache Erfrischung zu holen. — „Wollt Ihr Euren Schawl nicht ablegen?“ fragte die Wirtin. — „Ich würde wünschen, so bald als möglich auf mein Zimmer zu kommen,“ war die Antwort.

Die Fremde war gut gekleidet und ihre Züge, obgleich blaß und grauzerziffen, zeigten sich durch jene Feinheit aus, welche mehr noch als Schönheit für sich einnimmt. Eben als das Dienstmädchen die Milch auftrug, hörte man draußen einen Wagen

vorfahren. — „Mehr Gesellschaft!“ bemerkte der Wirt, indem er seinen Gast anschaute, der bei diesen Worten erstarrte. — „Sieh dort!“ rief seine Frau aus. — Ein blaßes, weißes Gesicht drückte sich draußen an die Scheiben und betrachtete die Gruppe in der Küche. — „Kommt herein!“ brüllte Miles Goring, „und bleibt nicht wie ein Dieb oder Geist vor dem Fenster draußen stehen: hier gibt es nichts zu stehlen.“

Die Türe ging auf und ein Gentleman, wenigstens so weit die Kleidung einen Anspruch auf diesen Titel gibt, trat in das Zimmer. Die Fremde fuhr zusammen, wie sie ihn erkannte. Und doch lag nichts Abschreckendes in seiner Erscheinung, abgesehen von der allerdings ganz unnatürlichen Blässe seines Gesichts, die nur eine Folge von langen Weiden, von Furcht oder sonst von einer mächtigen Gemütsbewegung sein konnte. — „Du hier, Gilbert!“ rief die Fremde aus. — „Ich bin Dir wie Dein Schatten gefolgt,“ erwiderte der Mann; „der Wutwind kann seiner Fährte nicht treuer nachgeben, als ich tat.“ — „Und mit denselben wilden Trieben,“ bemerkte die Andere bitter.

„Was meint Ihr da mit Wutwind und Fährte?“ fiel Miles ein; „spracht, daß ein Christenmensch Euch verstehen kann. Was hat das junge Frauenzimmer getan, daß Ihr ihr gefolgt seid?“ — „Entflohene ist sie von Hause.“ — „Was sein,“ meinte die Wirtin, „wird's wohl nicht gar zu gut gehabt haben.“ — „Ihr guten Leute,“ sagte der Gentleman, „ich muß allein mit Euren Gäste reden. Ich bin gerne bereit, Euch für die Mühe, die ich verursache, zu entschädigen,“ und legte mit diesen Worten zwei Guineen auf den Tisch.

Der Anblick des Goldes bewirkte eine merkwürdige Umwandlung in dem Benehmen des Hausherrn. Schon lange hatte er keinen solchen Fund mehr getan, und seine Miene ward geschmeichelt, ja friedend. Indem er seine Frau und das Dienstmädchen vorangehen ließ, folgte er ihnen in ein inneres Zimmer

und überließ seinen Gästen, ihre Angelegenheiten unter vier Augen in Ordnung zu bringen. — „Es ist unsonst, Gilbert!“ sagte das Weib in ruhigen, aber entschiedenem Tone. „Nachdem ich so viel erduldet, kann ich auch das Uebrige ertragen.“ — „Armut!“ flüsternte der Fremde. — „Wenige Schillinge sind alles, was ich auf der Welt mein eigen nenne,“ verlegte die Frau, „und doch schreit mich die Drohung nicht.“ — „Schande.“ — „Die folgt nur dem Verbrechen. Ich habe mir nichts vorzuwerfen. Du warst es, der meinen Gatten bei mir eingeführt, der mir zu dieser Heirat geraten, der als Feige dabei gedient hat. Du sagtest mir, er sei Dein Freund, lobtest ihn um seiner Ehrenhaftigkeit und jeder männlichen Tugend willen. Ich glaube Dir, denn Du bist der nächste Verwandte, den ich auf Erden besitze, und warst stets gut gegen mich gewesen. Ich hatte kein Recht, Zweifel in Dich zu haben.“ — „Das hast Du auch heute noch nicht.“

Seine Base — denn diese Verwandtschaft bestand zwischen den Beiden — schaute ihm einige Augenblicke mit unverhohlener Verachtung an. — „Gilbert Harding!“ rief sie dann aus, „Du bist ein Gesekter. Ich kann nicht mit Dir rechten, aber ich kann Dir widerstehen — bis zum Tode, wenn es sein muß.“ fügte sie hinzu. „Du sagst mir, daß der Ruin meines Mannes unvermeidlich sei, wenn unsere Getra bekannt wird. Nun gut! Ich will sie ja geheim halten, will weiter, aber nie werde ich einwilligen, mein Vaterland zu verlassen.“ — „Ueberlege, Bella!“ — „Er hat kein Recht, dies Opfer zu verlangen,“ fiel diese ein, in einen leidenschaftlichen Tränenstrom ausbrechend. „Was habe ich getan, wessen Klug er mich an, daß er mich gerade jetzt verläßt. Hinter dieser unnatürlichen Grausamkeit ist irgend ein entsetzliches Geheimnis verborgen.“ — „Klugheit!“ widerholte Bella bitter. „Nah ist sein Herz zu Hute stehen statt Deines fast berechnenden Verstandes.“ (Fortsetzung folgt.)

die Geländeerwerbungslosten mit 17 900 Mk. von den Gemeinden vorweg getragen werden, so daß sich der sonstige Aufwand auf 176 000 — 17 900 = 158 100 Mk. beläuft. Auch dürfte es gerechtfertigt sein, zu den 30 000 Mk. betragenden Kosten des Staatewehrs, das auch den Mühlen dient, die beteiligten Mühlenbesitzer zu einem Beitrag etwa in Höhe eines Drittels dieses Aufwandes gemäß § 85 des Wassergesetzes heranzuziehen. Hierdurch würde sich die oben ermittelte Summe von 158 100 Mk. um 10 000 Mk. auf 148 100 Mk. oder rund 150 000 Mk. mindern, also auf den Betrag, der der Bemessung des Staatsbeitrages von vornherein zugrunde gelegt worden war. Die Anforderung selbst bleibt somit unverändert.

Fast sämtliche Ausgaben zeigen für dieses Jahr eine erhebliche Steigerung. Die Ausgabenminderungen sind höchst unbedeutend. Organisatorische Änderungen sind keine vorhanden. Die Steigerungen sind zurückzuführen auf die Verteuerung und erhöhte persönliche und sachliche Ausgaben. Man hat sich auf das Notwendigste beschränkt. In der Presse wurde gesagt, daß nur bei den Eisenbahnen und bei der Justiz gepart werde. Ein Blick in das Spezialbudget des Innern ergibt, daß dieser Vorwurf unbegründet ist. Für das Ministerium selbst ist das Personal vermehrt durch einen Regierungsassessor und einen Hauptkonsulenten. Eine erhebliche Vermehrung erfährt das Personal der Bezirksverwaltung. Die Kommission bedauert mit der Regierung, daß infolge der gespannten Finanzlage einzelne Positionen nicht in erheblichem Maße, oft nicht in der Höhe der früheren Jahre, eingestellt werden können. Redner verweist bezüglich der Fortbildungsfürsorge für Verwaltungsbeamte auf die im Bericht niedergelegten Mitteilungen der Regierung. Selbstverständlich wurde in der Kommission auch die Sparpolitik besprochen und von der Regierung eine Neuorganisation in Aussicht gestellt. Es wurde gewünscht, daß die Landeskommissare eingepart werden könnten. Im Interesse des Publikums kann aber davon keine Rede sein. Es wurde auch davon gesprochen, ob die Zahl der Bezirksamter vermindert werden könnte. Dies wurde von der Regierung verneint, aber als möglich eine neue Umgestaltung der Bezirksamter in Aussicht gestellt. Überall die Geschäftsvereinfachung durchzuführen, sieht bei einzelnen Stellen auf Schwierigkeiten, weil man an den alten Geleisen festhalte. Es wäre zu wünschen, daß hier eine bessere Einsicht einkehre. Es ist zu bedauern, daß die Denkschrift über die Neuorganisation der Kreise noch nicht vorgelegt ist. Ein großer Teil billigt die Grundidee der Reform, bedauert aber, daß das Reformwerk vertagt wurde. Wenn Titel Verwaltungsgerichtssof wurde gewünscht, daß die Entscheidungen weiter publiziert werden. Die Aufhebung des Verwaltungshofes wurde von der Regierung abgelehnt. Es wurde angeregt, den Verwaltungshof mehr zu verfestigen, ihm die Zeit- und Fleißanstalten usw. zuzuwenden. Die Regierung hielt aber an dem bisherigen Zustand fest. Die Erfahrungen mit dem Mannheimer Polizeihauptmann seien gute, aber die Regierung denke nicht daran, dieses Institut auf andere Städte auszuweiten, da dort die Verhältnisse andere seien. Bei dieser Gelegenheit wurde auch erörtert, daß die Polizei in Freiburg auf Grund des Reichsvereinigungsvertrages bei einem öffentlichen Aufzug nicht eingeschritten sei. Es wurde betont, daß die Kenntnis des Reichsvereinigungsvertrages gefehlt habe. Bei dieser Gelegenheit wurde anerkannt, daß die Durchführung des Reichsvereinigungsvertrages eine durchaus loyale sei und so die Aufgabe des Ministers als durchaus eingehalten zu bezeichnen sei.

Wenn Militärwesen wurde angefragt, ob über die politische Bestimmung der Rekruten noch Erhebungen stattfinden. Die Regierung erklärte, daß diese Erhebungen eingeschränkt seien, daß aber aus Gründen der Staatsraison nicht darauf verzichtet werden könne. Die Kommission begrüßte die Einschränkung, mehrheitlich wurde jedoch gewünscht, daß mit den Erhebungen tabula rasa gemacht werde. Der Antrag der Kommission geht dahin:

Die zweite Kammer wolle in Ausgabe und Einnahme für die Budgetjahre 1910 und 1911 genehmigen:

- A. In Ausgabe: Titel 1 Ministerium je für 1 Jahr 407 000 Mk., Titel 2 Landeskommissare je für 1 Jahr 91 220 Mk., Titel 3 Verwaltungsgerichtssof je für 1 Jahr 77 790 Mk., Titel 4 Verwaltungshof je für 1 Jahr 264 780 Mk., Titel 5 Generallandesarchiv je für 1 Jahr 53 440 Mk., Titel 6 Oberrechnungsamt je für 1 Jahr 14 580 Mk., Titel 7 Rheinischfabrikbehörden je für 1 Jahr 3120 Mk., Titel 8 Bezirksverwaltung und Polizei a) ordentlicher Etat je für 1 Jahr 8 345 770 Mk., b) außerordentlicher Etat für 2 Jahre 536 200 Mk., Titel 10 Allgemeine Sicherheitspolizei je für 1 Jahr 1 274 190 Mk., Titel 20 Außerordentliche Beschlagnahmen und Verhören für 1 Jahr 43 580 Mk., Titel 21 Verschiedene und zufällige Ausgaben je für 1 Jahr 67 560 Mk.

B. In Einnahme: Titel 1 Bezirksverwaltung und Polizei (Hauptabteilung 4 S. 186 ff.) je für 1 Jahr 2 141 650 Mk., Titel 2 Allgemeine Sicherheitspolizei (ebenda S. 188) je für 1 Jahr 21 970 Mk., Titel 10 Oberrechnungsamt (ebenda S. 196) je für 1 Jahr 1200 Mk.

Möge das Budget auch ferner von sozialem Geiste getragen sein zum Wohle des Landes! (Bravo!)

Abg. Süßkind (Soz.): Es hatte für die soziale Gesetzgebung ein erheblicher Betrag mehr eingesetzt werden können. Redner verweist auf die Wohnungsfrage, die eng verknüpft ist mit dem Wohle der Bevölkerung. Hier könne man nicht auf das Reich warten. Er habe kürzlich einen sagen hören, er müsse noch mehr Arbeiterwohnungen bauen. Wenn er Arbeiterwohnungen gehabt hätte, wäre der Streik in 14 Tagen beendet gewesen. Für die Lösung der Wohnungsfrage könnten Mittel verwendet werden, die jetzt noch für die Landwirtschaft ausgegeben werden, aber bei den Fortschritten der Landwirtschaft nicht mehr nötig seien. (Widerpruch im Zentrum.) Auch die einderleitenden Orte müssen für die Arbeiterwohnungen herangezogen werden. Die Regierung solle solchen Einderleitungen nicht in die Arme fallen. Das Vereins- und Versammlungsrecht sei im ganzen loyal gehandhabt worden. Das Bezirksamt Gengenbach habe eine Antwort erhalten, an der sich die anderen ein Beispiel nehmen werden. Anders sei es in Mannheim anlässlich einer Versammlung gewesen, in der zu ruhigem Auseinander-

gehen aufgefordert wurde. In der Heidelbergstraße hatte sich der Mannheimer Polizeihauptmann in der Straße als „Verkehrshindernis“ aufgestellt; es gab eine Zusammenrottung, wobei schöne und unehöne Aeusserungen fielen. Es waren etwa 400 Personen von den 5000 Versammlungsteilnehmern. Der Minister hätte dagegen nicht so scharfe Worte brauchen dürfen. Er sagte, wenn er der Sozialdemokratie zu einem billigen Triumph hätte verhelfen wollen, hätte er gegen die Leiter des Zuges, die Kog, Frank und Geiß, Anklage erheben müssen. Für die Zukunft werde er solche Aufzüge nicht mehr dulden, selbst wenn es zu einem Blutvergießen kommen sollte. Solche Worte seien geeignet, die Schulleute aufzufordern: Heraus mit dem Revolver, heraus mit der Klemme und daraufgehauen! (Präsident Nothmann: Sie dürfen dem Minister nicht vorwerfen, daß er zu einem solchen Vorgehen aufzufordere.) Ein ausländischer Jude habe sich in Mannheim niederklassen wollen. Unter den Ältern habe sich ein Schriftstück befunden, in dem es hieß, daß Preußen ausländische Juden nicht aufnehmen und daß man ihn deshalb auch nicht aufnehmen könne, weil das in Preußen unangenehm wäre. Die badische Regierung sollte selbständiger sein. Redner wendet sich gegen die politische Tätigkeit des Ministeriums des Innern durch den Artikel der „Karlshofen Zeitung“. Wenn es nach ihm gegangen wäre, dann wären alle Wahlen mit geringen Mehrheiten des Zentrums und der Konjunktiven laizisiert worden. Redner bestritt das Proportionalwahlverfahren, das die Regierung der Gefahr entzogen. Zwischen der Haupt- und Stichwahl einzugreifen. Auch das Niveau des Landtages werde gehoben. Die Kreisreform solle fallende weg. Die Reform der Kreisreform solle nur den Städten vorgelegt werden. Sie entsprach den heutigen Verhältnissen nicht. Der größte Teil der Bevölkerung müßte seinen Willen zum Ausdruck bringen können. Das könne aber nach dem neuen Vorschlag die große Masse der Arbeiter nicht. Da die Kreisreform auch den Wohlstand für die Bezirke machen, kommt ihnen große Bedeutung zu. Die Konzeptionskosten für Wirtschaften seien nirgends so hoch wie in Baden. Man sollte hier auch Rücksicht nehmen auf die anderen Staaten. Redner erwähnt die viel Mal in Ettlingen. Er könne nicht begreifen, daß derartige Dinge sich so nahe bei Karlsruhe so lange ereignen konnten. Dieser Fall der Kreisreform hätte durch die vorgelegte Behörde vor das Schwurgericht gebracht werden sollen. Es wäre zu bedauern, wenn dadurch, daß man die Klage dem Beleidigten überließ, die Sache dem Schwurgericht entzogen würde. Am letzten Donnerstag habe wieder eine Verhandlung in Ettlingen stattgefunden: Mal gegen den „Landmann“. Redner sollte eine Summe von 500 Mk. bezahlen. Der Vertreter des Klägers lehnte die beiden Schöffen ab, weil sie Sozialdemokraten seien und infolgedessen ein großes Interesse am Prozeß Mal gegen den „Landmann“ gehabt hätten. Wenn Mal das selbst bestritten hätte, wäre es ungeheuerlich. Das Gericht lehnte den Antrag ab. Redner beklagt sich über Bürgermeister und Ratsherrn, namentlich in Dos und Sandhofen. Obwohl die Bezirksamtmänner auf dem Lande nicht zu sehr überlastet seien, gebe es Mißstände gerade genug. In Dos herrsche eine wahre Schreckensherrschaft. Die Regierung habe erklärt, daß Erhebungen über die Rekruten nur in der Weise gemacht werden, ob sie Führer der Sozialdemokratie seien. Es komme vor, daß ein junger Mann, der mit der Polizei oder dem Bürgermeister etwas hatte, einfach zum Führer der Sozialdemokratie gemacht werde. So werde auch mancher als Sozialdemokrat angesehen, der es gar nicht sei; er sei es aber manchmal durch die schlechte Behandlung geworden. Wir haben eine Schutzmannschaft, die aber mehr von Angehörigen anderer Staaten besetzt werde. Es hänge dies mit der schlechten Bezahlung der badischen Schulleute und ihrer Überlastung zusammen. Redner beklagt sich über die strenge Disziplin, die der Mannheimer Polizeihauptmann verlange. Die Behandlung der Streikbrecher seitens der Behörde ist eine ganz andere als sie sein sollte. Die Klage wegen Beleidigung solcher werde auf öffentlichem Wege geführt. Es zeige sich, daß die Streikbrecher oft diesen Schutz nicht verdienen. Man sollte ihnen keinen so ausgiebigen Schutz angedeihen lassen. Man gestatte ihnen die Bewaffnung und damit sei der Anfang zum Streit oft gegeben.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.): Ueber die Frage der Stichwahlakt will ich mich hier nicht äußern. Ich will aber der Regierung Dank und Anerkennung aussprechen für ihre Haltung in der Frage der Stichwahlabsagen. Ich bin der Ansicht, daß die Art der Erhebungen über die Rekruten, wie sie jetzt noch üblich sind, eines modernen Staates nicht würdig seien. Daß die Leute mit 18 oder 19 Jahren keine politischen oder gemeinschaftlichen Führer sein können, das wird jedem klar sein. Dieses Entgegenkommen bedeuere eine Verbeugung vor der allmächtigen Militärverwaltung. Süßkind hat eine Reihe von Fällen angeführt, die beweisen sollten, daß die betreffenden Beamten nicht reif seien für die Selbstverwaltung. Diese Fälle wären ungeheuerlich und es wäre zu verwundern, daß das Bezirksamt nicht eingreife. In den großen Städten sei man nicht so nachsichtig. Es sei viel die Rede von der Selbstverwaltung. Das sei aber nicht der Fall bei dem neuen Ortsstatutgesetz. Die Rechte der Privaten sollten mehr gewahrt werden. Das Gesetz ist durch die Vollzugsordnung noch schwerfälliger geworden. In einem Fall habe das Ministerium sehr schnell gearbeitet. Schon am letzten Dienstag habe es über die am Montag hier behandelte Petition der Stadt Forzheim dieser Stadt mitgeteilt, daß das Staatsministerium nach nochmaliger Beratung zu einem ablehnenden Standpunkt gekommen sei. Es scheint fast, als habe die Regierung den Beschluß des Hauses nicht mehr gewürdigt. Redner äußert sich über die Kreisverfassung und beklagt sich über die kleinen Straßen. Die Verärgerung darüber treibe manchen dazu, einen sehr radikalen Wahlzettel abzugeben. Redner kritisiert allerlei Schiften. Ein Vater sei mit einem Kinderwägelchen seines Kindes über den Marktplatz, der nicht befahren werden dürfe, gefahren; er wurde mit 5 Mk. Strafe belegt und seine Beschwerde zurückgewiesen. Ein altes Mütterchen sei mit 6 Mk. Strafe belegt worden, weil es auf der falschen Seite über die Neckarbrücke in Mannheim ging. Ebenso beklagt sich Redner wegen der vielen Strafen gegen Autofahrer, die

auf der Neckarbrücke vorkommen. Nicht der Schutzmann sei der beste, der die meisten Anzeigen mache, sondern der, in dessen Bezirk am wenigsten Unordnung vorkomme. Der sogenannte Demonstrationsschutz sei nichts vorbereitendes gemein. Eine kleine Ungeheuerlichkeit könnte manchmal eine bessere Wirkung haben, als eine rigorose Geheuligkeit. Es sei schmerzlicher verhindert worden dadurch, daß die beiden Kollegen die Arbeiter aufforderten, mit ihnen zu gehen. Der Zug ging an meinem Hause vorbei. Ich hörte aber weiter nichts, als ein angenehmes Summen der Arbeiter-Marschmusik. Die Bezahlung der Schulleute sollte im Interesse einer besseren Auswahl eine bessere sein. Redner verbreitet sich über die Schutzmannswohnungen im Jungbusch in Mannheim und äußert sich zur Landesbauordnung. Der aufsichtsführende Beamte sollte möglichst lange an einem Plage bleiben. Der Oberamtmann, der in Mannheim das Baumwesen unter sich habe, habe nicht einmal eine Dienstwohnung. Er müsse von seinem Gehalte zulegen. Deshalb sei seine Stelle keine begehrenswerte. Es ist notwendig, daß man in Baufachen den Gewerbetreibenden mehr entgegenkommt. Die Bezirksbeamten sollen dem Publikum ein größeres Entgegenkommen beweisen.

Abg. Kopf (Str.): Auf früheren Landtagen war es üblich, daß bei diesen Debatten auch politische Ausreden stattfanden. Ich begrüße es, daß das heute nicht in großem Umfang geschah, nachdem dies schon bei der allgemeinen Finanzdebatte geschehen ist. Süßkind habe noch den Artikel der Regierung zur Stichwahl erwähnt. Er sei auch gegen jede Wahlbeeinflussung; in diesem Falle handelte es sich um einen Rat an die bürgerlichen Parteien, gegen die revolutionäre Sozialdemokratie sich zusammenzuschließen. Süßkind sagte ferner, wir hätten uns der Regierung als freiwillige Stütze angeboten. Es ist von unserer Seite in dieser Hinsicht absolut nichts geschehen. Wir sind und bleiben eine unabhängige Volkspartei. Süßkind wünschte die Verhältniswahl für das Land. Nachdem die Regierung eine Gemeindeordnung mit Verhältniswahl vorgelegt hat, sollten wir erst deren Wirkung bei den Gemeinden abwarten. Wir sind dann auch für diese Wahl zu haben. Ueber die Schiffahrtsabgaben will ich mich nicht weiter äußern. Den Städten und den kleineren Gemeinden sollte die weitestgehende Selbstverwaltung gewährt werden. In den kleinsten Gemeinden soll eine gewisse Aussicht da sein. Aber von einer Aufhebung der Klaffeneinteilung kann keine Rede sein. Wenn sie ganz aufgehoben würde, dann würde die Staatsaufsicht noch mehr eingreifen. Ich möchte ganz entschiedene Verwahrung dagegen erheben, daß die Süßkind wünscht, die Ausgaben im Budget der Randwirtschaft für den Bau von Arbeiterwohnungen verwendet werden. (Zuruf der Sozialdemokraten: Nur einen Teil!) Auch gegen einen Teil vermahnen wir uns. Die Gelder, die für unsere Landwirtschaft ausgegeben werden, verzinzen sich gut. Es geschieht in der Wohnungsfrage schon manches. Was in Freiburg schon gefordert wurde, sei vorbildlich für andere Städte. Ueber die Kreisverfassung haben wir uns schon mehrfach geäußert. Es verdient Anerkennung, daß die Regierung unseren Anregungen nachkam. Trotz der ablehnenden Beurteilung des Entwurfs muß daran festgehalten werden, daß die Kreisverfassung verfassungsbedürftig ist. 11 Kreise sind für unser Land zu viel. Die großen Städte sollten etwas mehr zu den Kosten herangezogen werden. Durch eine Zusammenlegung der Kreise zu 4 Kreisen würde eine Verringerung der Lasten für die kleinen stattfinden. Es sei deshalb der Widerstand der kleinen Kreise verständlich, sie scheinen an ihrem Ehrenamt zu hängen. Es liegt gerade in ihrem Interesse, daß die Umlagen verringert werden. Sie wollen, daß der Staat ihnen das Geld zuschießt, damit sie die Selbstverwaltung ausüben können. Das beweist doch, daß es besser wäre, sich zu größeren Verbänden zusammenzuschließen. Das Wahlrecht ist abjurbum geführt durch die lächerlich geringe Wahlbeteiligung. Die Regierung hat den Fehler gemacht bei der Vorlage, daß sie den Kreisen gleich große Aufgaben, die bisher dem Staat oblagen, zugewiesen hat. Die Ueberweisung des Fremdenwesens mag in Preußen angehen, aber nicht in einem so kleinen Land wie bei uns. Durch die Bekämpfung der Vorlage mit allem möglichen Zukunftsprojekten hat die Regierung mobil gemacht gegen die Vorlage. Sie sollte eine neue Vorlage ohne diese Aufgaben uns unterbreiten. Befangen sind die Vertreter der Kreise ebenso wie die Abgeordneten, wenn sie einen Wunsch ihres Bezirkes vertreten müssen. Die Regierung sollte möglichst bald mit einer neuen Vorlage mit einem besseren Wahlrecht hervortreten. Nachdem wir durch 40 Jahre eine solche Teilnahmslosigkeit gehabt haben, kann ich mich dem von der Regierung in der ersten Kammer heringeworfenen Gedanken nicht verschließen, daß nur die Gemeindevertretung das Wahlrecht ausüben soll. Mit den Kreisen hängen auch die Bezirksräte zusammen. Wir haben früher dagegen protestiert, daß diese Bezirksräte einseitig aus einer Partei genommen werden. Es ist etwas besser geworden, aber nicht überall. Das Vertrauen ist ein größeres geworden, soweit man diesen Beschwerden Rechnung getragen hat. Wir wollen es nicht tadeln, daß die Regierung im Budget zurückhaltend war. Wir wollen nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat sparen. Dagegen scheint bei den Schulleuten zu sehr gepart zu werden. Auch mir sind Klagen zugegangen, wie dem Abg. Vogel. Es fehlen oft 10 Schulleute. Die Entlohnung entspreche den Verhältnissen in den großen Städten nicht. Man muß prüfen, ob hier nichts geschehen kann. Auch habe ich in Freiburg Klage gehört, daß Schulleute aus anderen Staaten zu uns kommen, nur um die Schutzmannschule zu besuchen, und dann bald das Land wieder verlassen. Angesichts des Wachstums der Ausgaben für die Bezirksverwaltung darf man die Frage aufwerfen, ob die dort geleistete Arbeit gut ist. Ich glaube im großen und ganzen die Frage bejahen zu können: ich habe mit Befriedigung wahrgenommen, daß die Klagen weniger werden. Die kleinen Straßen sollten grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, wenn nicht eine Verwarnung vorausgegangen ist. Aus einem Bezirk sind mir viele Klagen zugegangen; ich weiß nicht, ob die Dinge schon bei der vorgelegten Behörde eingebracht worden sind. Deshalb werde ich die Sachen privatim dem Minister mitteilen. Auch in punkto Baupolizei soll man be-

rücksichtigen, daß das Gewerbe einen Anspruch darauf hat, möglichst gefördert zu werden und daß keine zu kleinen Vorarbeiten gemacht werden. Die Schuld trifft oft die städtischen Verwaltungen, denen sich das Bezirksamt zu nachgiebig erweist. Ich will keine Steine auf die Polizei, namentlich nicht auf die Freiburger, werfen. Einen Vorfall muß ich erwähnen. Am Stichwahltag ist ein großer Zug von 150 Personen unter großem Lärm nach Jähringen ausgezogen. Es ist nicht eingeschritten worden. Es wurden aus dem Zuge abschließende Drohworte gehört gegen eine bekannte Persönlichkeit. Eine Straße weit seien Schulleute mit dem Zug gegangen, sie seien aber dann zurückgeblieben. Man hat von den Beteiligten niemanden aufgeschrieben. In diesem Abend hat es jedenfalls nicht geklappt, sonst hätte man die Zehnjährigen Schutzmannschaft benachrichtigt, den Zug zu verlassen oder wenigstens zur Verhütung von Unfällen begleiten müssen, eventl. hätte man die Feuerwehre rufen können. Man hat nicht gehört, daß gegen die Mädelstürmer eingeschritten wurde. Nur der Wirt, bei dem die Mädelstunde einbrach, ist bestraft worden. Er war gewiß der Unschuldige. Er möchte der Regierung Gelegenheit geben, sich über die Sache zu äußern. Ich glaube, die Staatsbehörde ist viel unabhängiger in der Verwaltung der Polizei als ein Beamter, der alle 9 Jahre sich einer Neuwahl unterziehen muß. Wir haben keinen Grund, an dem Polizeiwesen etwas zu ändern. Nur fragt es sich, ob die Baupolizei den Städten überlassen werden soll. Vor zwei Jahren hat Abg. Dr. Wing die Regierung aufgefordert, dem Schutze der Jugend gegenüber Kinematographen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Ich möchte das wiederholen in Bezug auf die Schmutzliteratur, die einen geradezu unheimlichen Umfang annimmt. Ich möchte den Minister einladen, sich einmal die Titel der Kinematographenvorstellungen anzusehen. Sie weisen oft darauf hin, daß es nur auf die Küstentheil abgesehen ist. Es wird gesagt, daß die Bauprojekte anderer Architekten als der Baupolizei allezeit Schiften ausgesetzt sind, während die der Baupolizei unbeanstandet durchgehen. Die Baupolizei haben auch ihre Wünsche; sie verlangen, wenn sie vernünftig werden, eine bessere Einreihung im Gehaltsstufen. Sehr bedauert habe ich, daß einige Positionen herabgesetzt werden mußten, so die Unterstützung der Kreiswege. Ich habe auch nicht gewagt, eine Erhöhung zu beantragen, angesichts der gespannten Finanzlage. Wir sind von Gemeinden eine Reihe von Wünschen bezüglich der Unterfertigung der Wasseranlagen zugegangen. Ich trage sie hier nicht einzeln vor, weil ich der Ansicht bin, wir sollten solche Wünsche der Regierung persönlich unterbreiten. Es ist auch von der Staatsvereinfachung gesprochen worden. Man könnte vielleicht dazu übergehen, ohne daß das Staatsinteresse geschädigt wird, das Institut der Landeskommissare aufzuheben. Die Erklärung der Regierung hat mich aber wankend gemacht; ich will deshalb die Anregung nicht weiter verfolgen. Die Obergerichtskammer sollte nicht mit dem Verwaltungshof vereinigt werden, weil sie dadurch ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung verlieren würde. Es soll nicht verkannt werden, daß im Amtsverfändigerwesen ein Fortschritt gemacht wurde, indem die verbreiteten Blätter berichtigt wurden. Man ist aber mit dem Fortschritt nicht weit genug gegangen. Redner sollte noch die verbreiteten Blätter berichtigungen. Die nicht amtlichen Blätter sollten in die Lage versetzt werden, daß sie die amtlichen Bekanntmachungen gleichzeitig mit den anderen Blättern bringen können.

Große Klagen hört man über den Flaschenbierhandel. Es werden an den Pumpen unheimliche Quantitäten vertilgt; in einem Fall beträgt ich, daß ein Maurer täglich 16 Flaschen Bier verbraucht, daß ein Frau und Kinder nicht mehr viel bekommen, ist klar. Der Flaschenbierhandel sollte konzeptionspflichtig gemacht werden. Der Abg. Rehnert hat mir aufgetragen, einen Punkt zur Sprache zu bringen. In Dos soll eine Luftschiffhalle errichtet werden. Die Bemerkung von Dos ist nicht besonders groß. Die Bevölkerung vertraut der Regierung, daß sie bei einer Expropriation ihre Interessen nicht in die Lasse. Redner bespricht die kolossale Erhöhung der Feuerversicherungsprämien für das Minister in Freiburg. Der Beitrag wurde verdreifacht. Wenn das so weiter ginge, wäre die Ministerfabrik am Ruin. In den 500—600 Jahren, seit das Minister besteht, hat es noch nie dort getrammt. Es ist wenig Holz vorhanden; außerdem sind die besten Forstbestände getroffen. Die Brandgefahr ist so geringfügig, daß der Wunsch berechtigt ist, daß keine solchen hohen Beiträge erhoben werden. Das Gesetz sollte geändert werden. Orgel, Glocken und Glasglocken sind nicht berichtigt. Ich möchte dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß die großen Ausgaben des Budgets dem Lande zum Segen gereichen. (Beifall im Zentrum.)

Es sind noch einige Petitionen eingegangen. Nächste Sitzung: morgen vormittag 9½ Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung. Schluß 1/8 Uhr.

Tagesordnung der Ersten Kammer am Samstag, den 26. Februar 1910, vormittags halb 10 Uhr: 1. Bekanntgabe der Einläufe. 2. Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über die in den Jahren 1908 und 1909 erteilten Administrativbescheide; Berichterstatter: Schr. v. Sölln. 3. Mündliche Berichte der gleichen Kommission und Beratung über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Status und Unterrichts (Haupt-Abt. III) für die Jahre 1910 und 1911, und zwar: a) Ausgabe Titel IX: Kultus; Berichterstatter: Schr. v. La Roche. b) Ausgabe Titel X: Unterrichtsbesetzung; I. Hochschulen; Ausgabe Titel XI: Wissenschaften und Künste; Berichterstatter: Wirklicher Geheimrat Dr. v. Büttlin.

8. Vertreterversammlung der jugliberalen Vereine Badens.

— Bruchsal, 20. Febr. Die Tagung des Landesverbandes wurde Samstag nachmittags mit einer Vorstandssitzung eingeleitet, die sich mit Fragen der Leitung und Organisation des Verbandes beschäftigte. Um 5 Uhr begann sodann im Restaurant Krämmer die geschlossene Vertreterversammlung, wozu 17 Vereine ihre Delegierten in recht städtischer Zahl entsandt hatten. Von der Landtagsfraktion waren erschienen die Abg. Rehnert, Koch und Büttlin, der Parteichef Dr. Odkirch war durch starke Ermüdung am Erscheinung verhindert und hat der Tagung schriftlich den besten Verlauf gewünscht. Ferner waren an-

wesend der Generalsekretär des Reichsverbandes Dr. Köhler-Klein, sowie der Generalsekretär der national-liberalen Partei Badens, Rechtsanwalt Thordede. Der Vorsitzende Rechtsanwalt Frey hieß die Teilnehmer willkommen. Landtagsabgeordneter Rebmann dankte namens der national-liberalen Fraktion und der Gesamtfraktion für die Einladung und betonte, daß die national-liberale Partei die jungliberale Bewegung mit den besten Wünschen und Hoffnungen begrüße. Nach dem vom Vorsitzenden ermittelten Geschäftsbericht betrug der Mitgliederstand rund 4000, wobei zu bemerken ist, daß neben den großen Stadtvereinen auch kleinere sehr rüstig gearbeitet haben, besonders Bretten und Bruchsal. Bedauerlich sei, daß sich einige jungliberale Vereine aufzulösen, mit dem national-liberalen Verein zu einem liberalen Verein verschmolzen haben. Der Geschäftsbericht schloß mit dem Dank an Landtagsabgeordneten Dr. Koch für die vierjährige Geschäftsführung als Vorsitzender des Landesverbandes. Zum politischen Bericht übergehend, erörtert der Vorsitzende nochmals die Auflösung einiger Vereine, fordert die Gründung neuer jungliberaler Organisationen als Brücke zur linksliberalen Einigung und streift dann politische Fragen. Was die Landespolitik anbelange, so habe das Schicksal des Wodts den Liberalismus um einige Jahre zurückgeworfen. Von der national-liberalen und der neuen Fortschrittspartei solle ein Aktionsauschuß gebildet werden zur Vorbereitung der nächsten Reichstagswahlen. Er freute sich, daß die Sozialdemokratie gemeinsame Arbeit verrichten wolle und wird; nach der gesamten politischen Lage könne die Partei mit Vertrauen in die Zukunft blicken.

Landtagsabgeordneter Dr. Koch gab sodann einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der jungliberalen Landtagsabgeordneten und konstatiert ein schnelles Zusammenwachsen der neugewählten Abgeordneten mit der Gesamtfraktion. Mit den Liberalen habe bisher ein gutes Verhältnis bestanden, was auch für die künftigen Aufgaben zu erhoffen sei. Die Nationalliberalen seien bereit, mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen, solange sie sich an staatslichen Boden stellen. Wenn in der Zentrumspresse behauptet werde, die Liberalen hätten den Sozialdemokraten Verprechungen gemacht, so müsse das als absolut unmaßgebend bezeichnet werden. Jeder könne diese Partei (die Sozialdemokratie) gegen welche der Kampf auch in der Presse aufgegeben werden dürfe, noch manche von ihren Brüdern nicht aufgeben — wegen Berlin. Die politische Erziehung der Jugend bezeichne Dr. Koch als Hauptaufgabe und fordere geeignete Schritte der Parteileitung für das Zusammengehen mit den linksliberalen bei den nächsten Reichstagswahlen. Nachdem Stadtrat Kölsch-Karlstr. den Klassenbericht erstattet, wurden die Mitträge des Vorstandes, den Vorstand durch Zuzug von 5 Mitgliedern zu erweitern und im Wohnsitz des Vorsitzenden einen geschäftsführenden Ausschuss zu bilden, einstimmig angenommen. Der Antrag Mannheim-Nedarau, die national-liberale Fraktion solle einen Antrag auf Einführung der Bürgerkunde in den Fortbildung-, Gewerbe- und Handelsschulen stellen, wurde nach einigen Ausführungen des Abg. Rebmann auf ein Jahr zurückgestellt.

Landtagsabgeordneter Rebmann bemerkt, daß die Parteileitung von der Verschmelzung einzelner Vereine nichts geäußert habe und sie auch nicht zu näherem Beschlusse gekommen sei. Auf Vorschlag Kölsch wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der in Bruchsal tagende achte jungliberale Vertretertag spricht sich tieflich Bedauern aus über die dem Zentrumspresse in Parlament und Presse erfolgten demagogischen Angriffe auf den national-liberalen Verband, Herr Abg. Rebmann, und protestiert ganz entschieden gegen eine derartige Vergriffung des politischen Lebens. Der Parteitag beschließt Herrn Kölsch, Stadtrat Mannheim seinen wärmsten Beifall zu senden auf die strengen Objektivität, die er in seiner betrieblichen Ehre Angehörigen als Politiker wie als Beamter immer und überall bezeugt.“

Es folgte eine längere Ansprache, an die sich unmittelbar das Wort im Hotel Poit nachfolgt. Abg. Rebmann toastete auf das Vaterland, während Abg. Kölsch das Hoch auf Kaiser und Großherzog ausbrachte.

Soziales.

B. Erfingen, 21. Febr. Gestern wurde nach siebenwöchentlicher Dauer der **Kolturns**, den der katholische Arbeitervereiner Erfingen veranstaltet hat, beendet. Der Kurs wurde durch die tüchtige praktische Hauswirtschaftslehrerin des badiischen Frauenvereins, Fräulein Siedler aus Karlsruhe-Grimmling, vor vollstem Jubelende geleitet, was Herr Mühlle beim sehr gut besetzten Schlußfest gestern konstatierte. 14 Teilnehmerinnen hatten diese soziale Einrichtung sich zunutze gemacht. Mögen die hiesigen Arbeiterinnen noch recht zahlreich dem Arbeitervereiner beitreten. Anmeldungen nimmt die Vorleserin Margaretha Schuster entgegen. Zum ersten deutschen Kongress für Krippelförderung, der am Donnerstag, den 31. März 1910 im Veranstaltungssaale des Herrenhauses-Berlin unter dem Vorsitz von Herrn Geheimen Obermedizinalratrat Professor Dr. Dietrich stattfand, labet die deutsche Vereinigung für Krippelförderung G. V. in einem Rundschreiben ein, das von einer großen Zahl führender Persönlichkeiten mitunterzeichnet ist. Aus der Reihe der Wortführer seien hervorgehoben:

Dr. Hofmann, Königsberg: Wieviel können orthopädische Prothesen die Erwerbsfähigkeit des Krippelheiligen? — Professor Sulzberg, Heidelberg: Ueber die Stellung des Krippelheiligen durch operative Behandlung der Gelenkankhosen. — Dr. Wabe, Hannover: Die Bedeutung der Prothylologie in der Krippelförderung. — Viktor Ullrich, Kassel: Die Aufgaben der evangelischen Kirche in der Krippelförderung. — Viktor Sommer, Bielefeld: Krippelförderung und katholische Kirche. — Vorwärtlicher Vorstand: Der Unterricht in seinem Wesen und seiner Bedeutung für Unterricht und Erziehung im Krippelheim. — Erziehungsinpektor Regel, Berlin: Die Hilfskräfte im Krippelheim. — Dr. Wieselski, Berlin: Elemente der Krippelförderung. — Dr. Rosenfeld, Nürnberg: Neue Formen der Krippelförderung. — Bundesrat Bierage, Berlin: Staat und Krippelförderung. — Stadtrat Müllerberg, Berlin: Einleitung zu einer Vortragsreihe über die Stellung der Krippelheiligen zur Krippelförderung namentlich zur Handwerksausbildung der Krippel.

Der Eintritt zum Kongress steht jedem Krippelfreunde gegen Zahlung von 3 Mk. frei, wofür er die Verhandlungen des Kongresses kostenlos erhält. Die Mitgliedschaft zur Vereinigung (jährlich 15 Mk.) sichert u. a. den freien Bezug der Zeitschrift für Krippelförderung.

Auskunft über Kongress und Vereinigung erteilt der Schriftführer Dr. Biesalski, Berlin S. 59, Fontane-Promenade 10.

Zur Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Daß die Thronrede kein Wort über die Pensionsversicherung sagte, scheint in der Tat, wie der Abg. Geinze bereits am 11. Dezember im Reichstage erklärte, „aufreizend“ gewirkt zu haben. Die Verhandlungen am 17. Januar, die auffallend ablehnende Erklärung des Staatssekretärs Delbrück haben dann ein überiges getan, denn von dem Abgeordneten Raden überausgelassen **Sinn** unter den Interessenten herbeizurufen. Ueberall rüsten sich die Angestellten, um in Versammlungen gegen die Verschleppungspolitik der Regierung Stellung zu nehmen. Die „Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“, die unlängst in Berlin eine große Kundgebung veranstaltete, versendet jetzt ein Flugblatt, das in einer halben Million Exemplaren in allen Schichten der Privatangestellten verbreitet werden soll.

Zwei umfangreiche Denkschriften, heißt es in dem Aufrufe, veröffentlichte die Regierung. In der zweiten hieß es: Die Erweiterung der Invalidenversicherung würde die Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten bis zur Einführung der allgemeinen Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter vertragen. Die Privatangestelltenversicherung sollte also noch vorher kommen! Dazu das Kanzlerwort aus dem Jahre 1907: „Am erst recht Sozialpolitik! Die wiederholten Interpellationen im Reichstage usw. usw. Und was ist dabei herausgekommen? Die allgemeine Hinterbliebenenversicherung kam in der Reichsversicherungsordnung, die Angestelltenversicherung aber — blieb aus! Am 17. Januar erklärte Staatssekretär Delbrück im Reichstage folgendes: „Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es unannehmlich (1) sein würde, die an sich schon außerordentlich schwierige Reichsversicherungsordnung auch noch mit der Frage der Angestelltenversicherung zu belasten. Aus diesen rein äußerlichen Gründen hat sich für mich die unabwendbare Notwendigkeit ergeben, die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Versicherung der Privatangestellten zurückzustellen.“

Sozial Wert hat ein Kanzlerwort, eine einseitige Forderung des Reichstages! Die Privatangestellten sollen warten bis nach der Reichsversicherungsordnung! Und wann wird die Reichsversicherungsordnung Gesetz? In diesem Reichstage? Im nächsten? Vielleicht gar nicht? Auf die Frage, wie die Forderungen der Angestellten am besten und schnellsten verwirklicht werden können, gibt das Flugblatt die Antwort: „Sie kann und muß in der Reichsversicherungsordnung erfüllt werden durch den Ausbau der Invalidenversicherung, vor allem durch Erhöhung der Renten, Erleichterung höherer Beitragsklassen, Ausgestaltung der geplanten Hinterbliebenenversicherung und entsprechende Erhöhung der Beiträge. Der Ausbau der Invalidenversicherung ist gerade die einzig mögliche Lösung! Jetzt unterliegt die gesamte soziale Versicherung einer erneuten Beratung. Jetzt gilt es daher, die Zeit zu nutzen! Anstatt einer Kritik der verpackten Gelegenheiten müssen wir endlich praktische Gegenarbeit treiben.“

Das Flugblatt wird allen Interessenten von der Geschäftsstelle der Freien Vereinigung Berlin NW. 52, Werfstraße 7, kostenfrei zugestellt.

Handwerk.

Zur Lage des Schuhmacherhandwerks. Es gibt wohl kaum eine Branche für Anfertigung besserer Maßarbeit und Reparaturen, wie das Schuhmacherhandwerk, welche seit Jahren schon mit so schwierigen Verhältnissen rechnen muß und in ihrer Existenzfähigkeit so schwer bedroht ist. — Galt doch nun schon seit Jahren die Aufwärtsbewegung der Rohwarenpreise in einer Weise, an welche die Preise der fertigen Arbeit erheblich in die Höhe trieb, ohne daß der Schuhmacher bis jetzt nachkommen konnte. Nachdem vor circa 2 Jahren die Preise der rohen Ware von einem etwa 2 Jahren hohen Stande etwas zurückgedrängt wurden, immerhin aber noch recht hoch blieben, so ist seit circa dreieinhalb Jahren wiederum ein neuer, ganz erheblicher Aufschlag der Rohware von circa 25 bis 30 Prozent — für einzelne Sorten sogar bis zu 35 Prozent — eingetreten und es ist, durch die allgemeine Lage bedingt, gar keine Aussicht vorhanden, daß überhaupt wieder nennenswerte Preisrückgänge erfolgen — dafür sorgt neben der recht hohen Preis der Rohware, daß unsere Rohware „Welthandelsartikel“ wurde, was früher nicht so der Fall war. Und namentlich ist das deutsche Rohprodukt, infolge der verbesserten deutschen Viehzucht, ein sehr begehrtes. Vorwiegend Nordamerika, wo die Landwirtschaft zurück, und die Industrie erheblich vordrückt, ist und wird Hauptabnehmer unserer Rohware bleiben.

Diese Umstände bedingen, daß alles, was aus Leder hergestellt wird, die Veranschlagung zu erheblich höheren Preisen hat. Nun ist ja bekannt, daß die selbständigen Schuhmacher, welche noch viele, viele Tausende herunterabende, tüchtige Staatsbürger umfassen, wohl am meisten zurückgesetzt werden, wenn es für sie gilt, den berechtigten Lohn für ihre so schwere Mühe und Arbeit zu erlangen. Bei der kommt der Schuhmacher immer zu spät an die Reihe im Auszahlungssplan, obgleich ein gutes Schuhwerk unentbehrlicher für Gesundheit und Erhaltung des Körpers ist, als so viele überflüssige Sachen und Genüsse.

Der Grundfalsch „Leben und leben lassen“ wird gerade diesem Erwerbszweig gegenüber wenig gewürdigt. Deshalb ergeht der Ruf an die Einsicht des Publikums, unserm durch die besondere Lage schwer bedrängten Handwerk die „insolange der viel teurer gewordenen Einkaufspreise sämtlicher Materialien höher gegangenen Preise für Reperaturen und neues Schuhwerk auch zu gewähren.“

Es kommt noch erschwerend hinzu, daß auch die Löhne für die Arbeiter ganz erheblich gestiegen sind und auch der Lebensunterhalt jetzt bedeutend mehr kostet, als früher!

Und dann gilt noch eines recht munden Punktes des öffentlichen Lebens in unserem lieben Vaterlande gedacht, welcher wohl in keinem Lande der Erde so ausgeprägt ist, wie leider bei uns: „Der ungeliebte Vorkriegsstaat!“ Dieses Thema ist ein schier unerschöpfliches für alle Erwerbszweige. Für das Schuhmacherhandwerk aber, welches leider Gottes von alters her trotz seiner schwierigen Lage und sehr mühseligen Arbeit sehr oft noch über die Maßen angefaßt wird und von dem es oft genug heißt: „Du Schuhmacher, Du kannst warten“, ist es doppelt empfindlich. Bedenkt doch, daß beim Schuhmacher circa dreieinviertel des Wertes eines jeden Paarses an Materialien und Arbeitslohn folgt und er circa nur ein Viertel für seine Mühen hat, von dem er leben, Familie erhalten, Steuer zahlen und alle sonstigen Kosten des öffentlichen Lebens betreiben muß. „Dann nochmals, gemäßer Euren Schuhmachern die für ihre Erziehung nötigen höheren Preise und auch recht pünktliche Zahlung.“

Landwirtschaft.

— Errichtung von Landwirtschaftskammern. In diesen Tagen hat sich die neuerrichtete Landwirtschaftskammer für das Großherzogtum Sachsen mit dem Sitz in Weimar konstituiert. Auch der Bayerische Landwirt-

schaftsrat hat sich vor wenigen Tagen für die Errichtung von Landwirtschaftskammern in Bayern ausgesprochen. Mit großem Nachdruck wird dort auf die Errichtung dieser Zeitgenossen, namentlich in allen deutschen Staaten eingeführt und nach jeder Richtung bewirkt, geförderliche Vertretung des landwirtschaftlichen Berufsstandes hingewirkt. Diese Vorgänge beweisen, wie weitblickend unsere Regierung gehandelt ist, indem sie als erste unter den süddeutschen Staaten unserer hochfähigen Landwirtschaft eine Landwirtschaftskammerorganisation gegeben hat. Erfolgreichweise zeigt sich auch in unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung immer mehr Verständnis für die Bedeutung und die Aufgaben unserer Landwirtschaftskammer sowie die wertvolle Verwertung ihrer Tätigkeit.

— **Anerkanntes Saatgut.** Bei den zurzeit stattfindenden Saatgutausstellungen wird zum erstenmale das anerkannte Saatgut von den Saatbauern der Landwirtschaftskammer ausgestellt. Die Saatbauereinstellung der Landwirtschaftskammer hat allenfalls schon große Beachtung gefunden. Durch die Anerkennung, welche durch die Beachtung der Felder und sorgfältige Unternehmung des Saatgutes auf seinen Saatwert unter Leitung der Groß-Saatgutausstellung erfolgt, hat der Landwirt eine große Gewinne, ein gutes und fortwährendes Saatgut frei von Unkraut und Krankheitskeimen zu bekommen; die Saatenernteernte ist in Baden nur noch viel zu wenig bekannt. Wegen Bezug von anerkanntem Saatgut von Getreide, Kartoffeln und Tabak werde man sich an die Landwirtschaftskammer direkt oder an die landwirtschaftlichen Vereinigungen und Genossenschaften.

Kleine badische Chronik.

— **Karlsruhe, 20. Febr.** Am 13. und 14. März hält der Verband sächsischer Zugführer in Karlsruhe 5. Delegiertentag ab.

— **Mannheim, 20. Febr.** Hier ist die Bildung eines **Kerolubus** im Gange.

— **Mannheim, 17. Febr.** Die Zahl der badiischen Eisenbahnbeamten- und Beihilfenorganisationen hat sich wiederum um eine solche vermehrt. Die Signale und Weichenwärter der Großh., bad. Staatsbahnen, welche als Fahrgastführer tätig sind, haben sich vor kurzem zu einem Verein zusammengeschlossen, der den Namen „Verein der Signale- und Weichenwärter“ führt. Dem Verein, der seinen geschäftsführenden Vorstand und Sitz in Mannheim hat, sind sofort am Gründungsabend 100 Mitglieder beigetreten.

— **Mannheim, 20. Febr.** Das hies. Elektrizitätswerk soll durch verschiedene maßvolle Anlagen erweitert werden. Die Kosten belaufen sich auf 970 000 Mk. und sollen auf mehrere Jahre verteilt werden. Der Stadtrat beschloß den Beitritt der Stadtgemeinde zum deutschen Schulvereine mit einem Jahresbeitrag von 1000 Mk.

— **Schwegen, 20. Febr.** Die Zahl der Unterhaltungsbedürftigen arbeitsloser Fabrikarbeiter hat in unserem Bezirke die Zahl 4000 erreicht.

— **Wörzheim, 20. Febr.** Der Bürgerausschuß wird in seiner nächsten Sitzung mit einer städtischen Vorlage betreffend die Errichtung von Kaminen für den Kunstgewerbeverein bzw. den Ausbau an die neue Kunstgewerbeschule zu beschaffen haben. Gefordert werden 73 000 Mark. Die Regierung hat bekanntlich einen Staatszuschuß abgelehnt.

— **Erfingen, 21. Febr.** Am Sonntag, den 13. Febr., fanden hier Sitzungsarbeiten statt unter großer Beteiligung. Es erhielten 21 Stimmen: Johann Kaufmann 137, Leonhard Geyer ein und Gemeinderat Holzhauser je 116. Das ist der vom Bürgermeister Meining vorwiegend mäßig gezeigte Votz entfiel für Leonhard Geyer, ein etwas Vorhandenbleibendes des kath. Männer- und Arbeitervereins. Somit sind die beiden bisherigen Sitzungsräte auf weitere sechs Jahre gewählt.

— **Erfingen, 20. Febr.** Die Festschule war gestern nachmittag der Sammelplatz für die Mitglieder des Volksvereins für das katholische Deutschland. Trug des prächtigen Weilers waren die katholischen Männer von nah und fern sehr zahlreich herbeigekommen, um den Vortrag des Herrn Dr. Meffert, des bekannten Apologeten an der Deutschen in Erfingen, zu hören. Der Referent realisierte den guten Ruf, der ihm als Redner voransieht, voll und ganz; er ist ein Redner der durch den Ernst seiner wissenschaftlichen Ausführungen, durch seine originellen Beispiele und durch die humorvolle Art, wie er gegnerische Einwendungen zu widerlegen weiß, die Zuhörer voll und ganz an seinen Vortrag fesselt. „Sozialdemokratie und Freidenkertum“, lautete das Thema seiner eindrucksvollen Rede. Es war ein Genus, den scharfsinnigen Vortragsführungen zu folgen, mit denen Herr Dr. Meffert die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie an der Hand des Freidenkertums unter die Lupe und prüfte die „naturwissenschaftliche Weisheit“ dieser vom Denken freien Weltanschauung. Der Redner betonte am Schluß, daß die katholische Kirche es nur begründen kann, wenn die Wissenschaft immer tiefer in die Naturgeheimnisse eindringt; die Kirche habe nichts zu fürchten, denn alles, was die Naturforschung zutage fördert, ist nur eine glanzvolle und großartige Beihaltung dafür, daß die Natur in all ihren Reizen ein Loblied ihrem Schöpfer singt. — Wie groß das Interesse des katholischen Volkes für derartige Fragen ist, beweist der Umstand, daß von dem zum Verkauf angelegten Broschüren der apologetischen Volksbibliothek, deren Verfasser Herr Dr. Meffert ist, im Ra über 200 Stück abgesetzt waren. Gewiß hätte seine der Anwesenheit des Herrn Dr. Meffert, des bekannten Apologeten an der Deutschen in Erfingen, zu hören, dem sämtliche Teilnehmer waren von dem Gehörten hochbegeistert.

— **Haßfurt, 20. Febr.** Die Vertreter der mittleren Städte Badens beschäftigten sich in einer am 28. d. M. hier stattfindenden Konferenz mit dem Vorschlag betr. die Abänderung der Gemeindeordnung.

— **Baden-Baden, 20. Febr.** Direktor Colmann von der deutschen Lutschißfahrts-Gesellschaft ist hier eingetroffen.

— **Gernsbach, 20. Febr.** Der Genossenschaftsverband des badiischen Bauernvereins veranstaltet für die bäuerlichen Bezugs- und Abgabegenossenschaften im Mürgal einen Genossenschafts-Turnus in Hilpertsau. Als Referenten nehmen teil: Verbandsdirektor Dr. Angenheiser und Verbandssekretär Jagouol.

a. Vom oberen Mürgal, 17. Febr. Einen Stauweiherdammbruch oder auch, moderner gefaßt, einen Talsturzenda möruch in kleinerem Maßstabe verurteilte die letzte überaus rasche Schneeschmelze im oberen Mürgal. Drei Kilometer oberhalb Schönmühlgang mündet der Seebach, der Abfluß des 746,9 Meter hoch am Fuße des Großhahndergs in prächtig wildem, rings von fast 200 Meter höheren Bergwänden eingeschlossenen Weibelsseel gelegenen Augenbacher See, der viele Weidenschaft mit dem Felssee hat, wieder im Jahre 1895 durch die württembergische Forstverwaltung aus württembergischen Gründen mit einem Erdwall abgegeschlossen, um bei raschem Schneewang über starken Regen eine gewisse Vorflut zurückzuhalten und dann im Seebach zur Regulierung des Niedrigwasserstandes langsam abzuführen. Bereits früher hatte eine ähnliche Stauanlage zu Flößereizwecken Verwendung gefunden, war jedoch gesunken. Die Stauwehr bestand aus einer 1806 im Sommer errichteten 2,6 Meter hohen Betonmauer mit dahinter angefügtem Erdwall von 1,5 Meter Kronenbreite, welche quer zur Abflußrichtung errichtet war. Als Abfluß war im Grunde eine 30 Zentimeter weite, von oben durch einen Schieber absehbare, Zentimeter eingebaute; als Lieberich für normalen Wasserabfluß diente eine weitere solche von

20 Zentimeter Breite und als Abfluß für Hochwasserstände war ein Abflußgraben von 1,5 Meter Sohlenbreite vorhanden, der sich bis jetzt als ausreichend erwies. Die normale Staushöhe war 1 Meter, bei Hochwasser 2 Meter über dem alten Seepegel. Der See, der nach einer neueren Messung normal 254 Meter lang und 151 Meter breit ist, eine mittlere Tiefe von 4,2 Meter, eine größte von 7,5 Meter hat, enthielt nach einer neuerlichen Verrechnung bei einer Fläche von 2,67 Hektar eine Wassermenge von circa 100 000 Kubikmeter ohne Stau. Bei normaler Stauung von einem Meter würden ca. 27 000, bei 2 Meter etwa 60 000 Kubikmeter zurückgehalten, eine Wassermenge, die zur Regulierung der Weingartenfelder von Bedeutung ist. Die Niederflächigkeit im Gebiete des Sees ist eine sehr bedeutende und beträgt 1500 Kubikmeter im Jahr, die normale Staushöhe war daher während des größten Teils des Jahres vorhanden. Infolge der überaus raschen Schneeschmelze liegt der See schon einen überaus hohen Stand zeigende See so hoch an, daß der Abflußgraben die gewaltigen Wassermengen nicht zu fassen vermochte und dieselben den ganzen Damm überfluteten. Hierdurch wurde der Damm aber so beschädigt, daß er dem kolossalen Druck nicht mehr Stand zu halten vermochte und in seinem oberen Teile brach. Der abfließende Seebach wurde durch die großen abfließenden Wassermengen zu einem reißenden Wildbach und ritzte in seinem engen 4 Kilometer langen, glücklicherweise unbesiedelten Waldtal, großen Schaben an, teilweise auch an seiner Mündung bei Augenbach, wo die Weingärten von Bedeutung sind. Das Vorkommen steht in Süddeutschland ziemlich vereinzelt da und dürfte für den bevorstehenden Talsturzrennenbau im hinteren Mürgal wichtige Fingerzeige bieten. Der letzte ähnliche oder viel schlimmere Brand eines Seesammes in Süddeutschland war der Ausbruch des Weidenjoses im Oberelsaß am 12. Dezember 1740, abends 9 Uhr, der vielen Menschen das Leben kostete.

— **Erfingen, 20. Febr.** Der städt. Boranrichtertag für 1910 hielt in Karlsruhe 1647 130 Mk. in Einnahmen 667 130 Mk. vor, jedoch 890 000 Mk. ungedeckt bleiben. Eine Erhöhung der Umlage ist nicht erforderlich.

— **Erfingen, 20. Febr.** Das Großherzogspaar stiftete gestern in Erfingen im Zeichen des Winterports stehenden Schmarwaldbahnen einen Reicht ab. Die die „Wald-Reife“ meidet, traten die Großherzoglichen Herrschaften 12 Uhr 58 Min. nachmittags, begrüßt von den Vertretern der Behörden und Stadt, hier ein. In den Hauptstraßen bildeten Schulen, Vereine, Feuerwehr usw. Spalier. Am Rathaus fand Empfang und Vorstellung statt. Hierauf begab man sich zur Internationalen Winterportausstellung, wo ein Rundgang stattfand, der längere Zeit in Anspruch nahm. Das Großherzogspaar sprach mit mehreren Ausstellern und machte verschiedentlich Einkäufe. Am Nachmittag hatte der Ski- und Hobbistklub zur Beichtigung des Triberger Winterporteinrichtungen eingeladen. Nobel- und Bobstiegh-Wämpfe wechselten mit Vorübungen am Sprunghügel und St-Wettkämpfe in bunter Reihenfolge. In der Nähe der Wasserfälle war ein Pavillon errichtet, von dem aus das Großherzogspaar die Kämpfe in Augenschein nahm. Nach deren Beendigung führte ein Schloßchen das hohe Paar die Hobbistbahnen entlang über Start 3 zum Hofe. Dort bestie die Inneerhörschläger Schillingen und die erwachsenen Schlägerinnen und Schläger die weite Fläche. In lauten Rufen begrüßten sie den Fürstpaar mit einem fröhlichen „Schloß“ ihre Huldigung dar. Die Abreise der Großherzoglichen erfolgte abends 5 Uhr 31 Min.

— **St. Georgen i. Schw., 20. Febr.** Herr Postwirt Konrad von Triberg hat das Eis auf dem hiesigen Klosterweiher teilweise übernommen und liefert solches waggonweise an Bierbrauereien in Unterlande. Man schätzt, daß es etwa 800 Waggon zu je 15 000 Kilogramm geben wird. Der Eigentümer des Weihers, Hofrat Heineemann, macht keinen schlechten Schmit; er bekommt für einen Waggon 12 Mk. Auch der Unternehmer dürfte nicht schlecht abhandeln, besonders wenn alles Eis herausgeholt werden kann. Auf dem Weiser sind ca. 40 Personen mit der Eisgewinnung beschäftigt. — Die elektrische Anlage am Bahnhofsgebäude ist nunmehr vollständig eingerichtet. Bereits ist das neue Licht in Funktion getreten.

— **Vom der Schwarzwaldbahn, 20. Febr.** Die Klagen über unzureichend und veraltetes Wagenmaterial in den Personenzügen auf der Schwarzwaldbahn, die in Personalmangel und Zeitungsverzögerungen des Zuges zum Ausdruck kamen, dürften nunmehr in Wäde verumtunden, da von dem neu angefertigten Personenzugwagen 16 Stück der Station Müllingen angeteilt worden sind, die schon in den nächsten Tagen eintreffen können. Dadurch kann ein großer Teil der Schwarzwaldbahn-Personenzüge mit neuem Material ausgerüstet werden, während für die restlichen Wagenzüge nicht mehr die kleinen Wagen älterer Bauart, sondern die großen zweischlägigen Wagen neuerer Konstruktion Verwendung finden. Die neu gelieferten 16 Personenzugwagen sind Durchgangswagen 3. Klasse mit Abort, weichen aber in ihrer Bauart von den bisher vorhandenen etwas ab. Im Inneren fehlen die Gepäckablagen an den Sitzbänken zum Anlegen des Handgepäckes. Für letzteres sind entsprechende Vorrichtungen an den Lang- und Kopfbänken des Wagens vorhanden. Ferner ist die Heizvorrichtung nicht unter den Sitzbänken, sondern an den Langseiten angebracht, jedoch auch der Platz unter dem Sitz für Handgepäck verwendet werden kann, was bisher nicht möglich war. Die Wände selbst sind etwas zusammengerückt und enthalten Sitzgelegenheit für etwa 70 Passagiere.

— **Freiburg, 20. Febr.** Die Waagnermeister des Amtsbezirks Freiburg haben eine Baugewerkschaft gegründet.

— **Vom Woburner, 20. Febr.** Die diesjährige Hauptversammlung des Bodener Erbkreisvereins findet am 13. März in St. Gallen statt.

— **Konstanz, 20. Febr.** Das erste öffentliche Ansuchen der Steuerabteilung und der verhältnismäßig günstige Abschluß des Rechnungsjahres 1909 machten es möglich, den städtischen Voranschlag ohne Erhöhung der Umlage abzuschließen, trotzdem die Stadtkasse 1910 einen Ausfall von 45 000 Mk. an Verbrauchssteuern erleidet. Die Umlage beträgt 44 Pf.

— **Baden-Baden, 20. Febr.** Das tunneltiefste Land Deutschlands ist Baden, das nach der kürzlich erschienenen Statistik der Eisenbahnen Deutschlands nicht weniger wie 105 Tunnel mit 38 403 Kilometer Länge bei einer Gesamtlänge von 1894,25 Kilometer Wagentenlänge der badiischen Vorkampfbahnen aufweist.

Aus den Nachbarländern.

— **Würzburg, 18. Febr.** Das königliche Alte Gymnasium dahier, früher königliche Studienanstalt Würzburg, feiert im Jahre 1911 sein 350-jähriges Jubiläum. Die hiesigen Anzügen ebemaliger Schüler dieser Anstalt, welche je nach ihren Vertrieben in ganz Bayern und Deutschland sowie im Ausland gestreut sind, wird mit dieser Jubiläumfeier ein Studiengenossenschaft verbunden. Dasselbe soll sich unmittelbar an die Jahresabschlussfeier des Gymnasiums, mit welcher gleichzeitig das Jubiläum gefeiert wird, anschließen. Es wird dies also Mitte Juli 1911 sein. Es hat sich bereits für die Vorbereitung zu dem Studiengenossenschaft ein Komitee gebildet, an dessen Spitze die Herren königliche Universitätsprofessor Dr. med. Phil. Stöhr und königliche Regierungsrat Dr. med. Grimm stehen. An dem Feste sollen sich nicht nur die ehemaligen Altschüler, sondern auch alle beteiligten, welche jemals die Anstalt, gleichgültig wie lange, besucht haben. Dem Komitee wäre es sehr wünschenswert, um eine umfangreiche Propaganda für einen zahlreichen Besuch des Festes in der schönen Main- und Weinstadt, der herrlichen Frankmetropole, dem Württemberg Würzburg veranstalten zu können, wenn jetzt schon die auswärtigen Mitschüler alsbald ihre Adressen angeben würden. Solche Mitteilungen wollen gerichtet werden an den 1. Vorsitzenden des Komitees für das Studiengenossenschaft des

